



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VII/7 - 9.1.1952

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zum Beginn der <u>Schuman-Plan-Debatte</u>	S. 1
Nach dem Sturze Plevens	S. 3
Briefwechsel Justizminister <u>Dehler - Prof. Preller</u>	S. 5
Der Kieler Wahlblock ist bankrott	S. 7

Farbe bekennen !

(sp) Der Bundestag steht im Begriff, die schwerstwiegende Entscheidung während seines bisherigen Bestehens zu treffen, die über Annahme oder Ablehnung des Schuman-Plans. Die Fronten für und wider sind im wesentlichen abgesteckt, größere Überraschungen sind kaum zu erwarten. Trotzdem ist das Interesse an diesen Sitzungen, wie sich aus den Kartenanforderungen und anderen Anzeichen ersehen läßt, ganz ungewöhnlich. Wenn hierfür ein echtes Interesse am echten Argument der Grund sein sollte, so wäre schon das begrüßenswert.

Die Sozialdemokratische Partei hat eine Reihe von Anträgen eingebracht, über die berichtet worden ist. Ihr Kern besteht darin, die effektiv ungleiche Behandlung Deutschlands in der neuen Montan-Union - bei dem formalen Bemühen, den Eindruck einer Gleichberechtigung zu erwecken - aufzuheben. Der Berichterstatter der Französischen Nationalversammlung hatte in Paris erklärt: "Von jetzt ab stehen die deutschen Bezugsquellen bei völlig gleichem Zugang aller zu den verschiedenen Bezugsquellen zur Verfügung. Das ist für Deutschland, das über einen Kohleüberschuß verfügt, ein Verzicht auf die Privilegierung der eigenen Verarbeiter. Der zweite positive Beitrag Deutschlands besteht in der Entflechtung an der Ruhr". Von einer Gegenleistung materieller Art durch Frankreich war nicht die Rede. Damit sind nur zwei Themen aus der Fülle der beanstandenswerten

Sachverhalte angedeutet.

Entscheidend wichtig ist auch das absolut negative Verhältnis des Schuman-Planes zur deutschen Einheit. Berlin und die Sowjetzone sind Ausland. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit aber sollte das oberste politische Gesetz sein, unter dem wir stehen und jede Eingliederung der Bundesrepublik in westeuropäische Gemeinschaften darf nur so weit gehen, als sie die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht durch deutsche Beschlüsse erschwert oder gar verhindert. Noch stehen wir mitten in den Bemühungen, diese Möglichkeit zu realisieren. Der Satz, "Den Schuman-Plan jetzt wollen, heißt die deutsche Einheit nicht wollen", kommt leider dem wahren Sachverhalt sehr nahe.

Wir leben heute in einer anderen Situation als vor 25 Jahren. Dawes- und Young-Plan waren seinerzeit Reparations-Abmachungen. Es gab gute Gründe, sich nicht gegen ihre Annahme zu sperren, weil nüchterne Überlegung zu der Überzeugung führte, ihr aus dem Sieger-Besiegtenverhältnis stammender Inhalt werde alsbald durch die wirtschaftliche Entwicklung ohnehin ad absurdum geführt werden. Damit kann man die heutige Situation gar nicht vergleichen: Heute soll das Sieger- - Besiegtenverhältnis ja angeblich durch einen europäischen Vertrag geändert werden, während in Wahrheit der Begriff Europa mißbraucht wird, in einem Kartellvertrag die tatsächliche Benachteiligung Deutschlands zu verschleiern.

Die hier kurz angedeuteten Tatsachen und Zusammenhänge überzeugend und gründlich vor dem ganzen deutschen Volke darzulegen, ist der Sinn dieser Tage im Bundeshaus. Die Regierungsparteien waren bisher bemüht, zum Schuman-Plan so wenig wie möglich zu sagen - es sei denn, schlicht und ohne nähere Begründung zum Ja aufzufordern - in den Ausschußberatungen verhielten sie sich geradezu obstruktiv. Jetzt ist die große Stunde gekommen, Farbe zu bekennen. Der Antrag auf namentliche Abstimmung ist dafür nur ein äußeres Zeichen.

Französische Innenpolitik in labilem Gleichgewicht

Von Alfred Frisch - Paris

Das Schicksal der Regierung Plevin, die über Finanzfragen stürzte, lenkt wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die mangelnde innenpolitische Stabilität Frankreichs. In Frankreich ist es zur Gewohnheit geworden, eine Regierung nach einigen Monaten zu stürzen, um bei möglicherweise gleichbleibender politischer Grundlage und bei unverändertem Programm ihre persönliche Zusammensetzung zu ändern.

Hinter dem labilen Gleichgewicht der französischen Politik verbirgt sich jedoch auch eine gewisse Tradition. Seit über 50 Jahren halten sich die Rechte und die Linke ungefähr die Waage. Das Pendel schlug wechselnd nach der einen oder anderen Seite aus, mitunter sogar innerhalb einer Legislaturperiode, wobei es in Frankreich stets kleinere Parteien gab, die nicht genau wußten, ob sie zur Rechten oder zur Linken gehörten. Solange sämtliche Parteien auf dem Boden der Verfassung standen und als betont demokratisch gelten konnten, war dieses Pendelspiel nicht weiter bedenklich, selbst wenn es das Land einer langfristigen Regierungsstabilität beraubte.

Inzwischen haben sich aber die Bedingungen etwas geändert. Das Kräfteverhältnis zwischen Rechts und Links blieb zwar unverändert, auf dem linken Flügel bildete sich jedoch eine starke Gruppe heraus, die unbedingt politisch isoliert werden mußte, weil sie keine ehrliche Zusammenarbeit anstrebte, sondern ausschließlich die diktatorische Beherrschung des Staates zugunsten einer fremden Macht. Es handelt sich um die Kommunisten, denen es bisher immer wieder gelang, die Stimmen der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterschaft auf ihre Listen zu vereinigen. Die praktische Unmöglichkeit einer ausgesprochenen Linksregierung verpflichtet die Sozialisten zur Zusammenarbeit mit konservativen Elementen. Im letzten Parlament, das im Frühjahr 1951 aufgelöst wurde, gab es überhaupt keine ausgesprochene Rechtsmehrheit, d.h. die Zusammenarbeit mit den Sozialisten war unentbehrlich. Das ist, zumindest theoretisch, im neuen Parlament nicht mehr der Fall. Gaullisten, Konservative und Radikalsozialisten unterstützt von einem Teil der Volksrepublikaner, könnten sehr wohl

eine lebensfähige Rechtsregierung bilden. Das Hindernis ergibt sich lediglich aus der Haltung der Gaullisten, die auf dem rechten Flügel des Parlaments den Kommunisten mit ihren negativen Einstellungen gewissermaßen die Waage halten. Die Zahl der regierungswilligen und regierungsfähigen Abgeordneten ist daher im französischen Parlament zur Zeit verhältnismäßig klein und schließt jeden Mehrheitswechsel aus. Ändern die Gaullisten ihre Taktik nicht, dann bleiben Sozialisten und Konservative dazu verurteilt, bis auf weiteres eine politisch widersinnige, durch ständige Reibungen unerträglich gemachte Zweckkehr zu führen.

Die gaullistische Abseitsstellung hat übrigens nicht nur eigenwillige Hintergründe. Sie erklärt sich zumindest teilweise durch den inneren Zwiespalt der Partei. Innerhalb der Parlamentsfraktion und besonders innerhalb der führenden Persönlichkeiten überwiegt zweifellos das linke Element, das eine konservative Politik ziemlich unbillig ablehnt. Die meisten Wähler der Gaullisten kommen jedoch aus dem konservativen Lager, d.h. aus dem französischen Kleinbürgertum, das vor allen Dingen antisozialistisch stimmt und immer zwischen den einzelnen konservativen Tendenzen hin und her schwankt. Die gaullistische Wählerschaft hätte keinerlei Einwendung gegen eine Koalition zwischen Gaullisten, Radikalsozialisten und den sogenannten Unabhängigen.

Die äußeren Ereignisse dürften für die nächste Zukunft eine Lösung der innerpolitischen Krise Frankreichs vorbereiten. Wenn nicht alles trügt, wird die gaullistische Bewegung im laufenden Jahr bereit sein, sich an einer klassischen Koalitionsregierung zu beteiligen. De Gaulle, der immer wieder erklärt, er kämpfe für die höheren Interessen der Nation, kann es sich auf die Dauer nicht leisten, aus taktischen Erwägungen heraus negativ abseits zu stehen, wenn es offensichtlich ist, daß seine Haltung die politischen Schwierigkeiten des Landes erheblich vergrößert. An die von den Kommunisten an die Wand gemalte Gefahr eines gaullistischen Staatsstreiches glaubt in Frankreich niemand mehr ernstlich. Die Einordnung der gaullistischen Bewegung in das klassische, französische Parteiensystem hat bereits erhebliche Fortschritte gemacht. Für revolutionäre Umwälzungen fehlt mehr denn je der Boden. Ganz offensichtlich hat in Frankreich wieder einmal die sehr tief verwurzelte politische Tradition die Oberhand behalten.

D e h l e r bleibt unbelehrbar

(sp) Vor einigen Tagen ging durch westdeutsche Presseorgane ein Schreiben Justizminister Dehlers an den sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Prof. Ludwig Preller, den wir, da er ein sprechendes Beispiel der Unbelehrbarkeit gibt, im vollen Wortlaut, zugleich mit der Antwort Prellers, nochmals veröffentlichen:

Bundesminister der Justiz

Herrn
Bundestagsabgeordneten
Professor Dr. P r e l l e r
B o n n

Bonn, den 28. Dez. 1951
Rosenburg
Tel. 12/3642

Sehr geehrter Herr Professor !

Von einem Parteifreund erhalte ich folgenden Bericht:

"Vor wenigen Tagen hielt der SPD-Abgeordnete Professor Dr. P r e l l e r (neu gewählt in Kassel) vor 180 Zuhörern in Eschwege einen niveaulosen Vortrag, in dem er eine üble Polemik losließ wegen Ihrer Rede, in der Sie unberechtigten Rentensmpfang als volkswirtschaftlich ungesund - und unserer Ansicht nach zu Recht - hinstellten. Professor Dr. Preller drückte auf die Tränen- drüsen, schilderte die Not der armen Leute, die sich beim Wohlfahrtsamt, Arbeitsamt und den verschiedenen Versicherungsämtern ihre paar Mark zusammenholen müßten, ohne dann damit leben zu können und stellte die Frage, ob es solchen Menschen zu verübeln ist, wenn sie Unterstützung und Rente erbitten würden. Wörtlich fuhr er dann weiter fort:

"Und dann stellt sich ein Herr Dehler in Bonn hin und sagt, daß diese Leute zu einem Drittel die Rente unrechtmäßig beziehen würden und so etwas ist Minister, noch dazu Minister der Justiz, der für die Gerechtigkeit da sein sollte".

(Großes Gelächter und Pfui-Rufe)".

Ich bin über den geistigen und sittlichen Tiefstand Ihrer Ausführungen tief betroffen. Sie müssen wissen, daß ich bei meiner Kritik an dem gegenwärtigen Rentenwesen das Gegenteil von dem zum Ausdruck gebracht habe, was Sie Ihren Zuhörern vermitteln. Ich habe erklärt, daß die wahrhaft Bedürftigen trotz der gewaltigen Leistungen der Sozialversicherungen und der großen Aufwendungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden nicht das erhalten, was sie zum Leben bedürfen und habe als einen der Gründe die Fehlleistungen im Rentenwesen und den Mißbrauch der Renten bezeichnet. Alle Einsichtigen geben mir bei meiner Feststellung Recht, daß mindestens 1/3 aller Renten zu Unrecht bezogen werden und daß die Rentensucht eine der großen Gefahren unserer Zeit ist.

Ihr Verhalten ist ein neuer Beleg für die destruktive und dekompositorische Opposition der Sozialdemokratie.

Ich werde dieses Schreiben veröffentlichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Dr. Dehler

Deutscher Bundestag
Prof. Dr. Ludwig Preller
Abgeordneter

Bonn, 8.1.52

Herrn
Dr. Dehler
Bundesminister der Justiz
B o n n
Rosenburg

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

Zu Ihrem Schreiben vom 28. Dezember 1951 darf ich bemerken:

I. Es erstaunt mich,

1. daß ein Jurist von den allgemein geltenden Gepflogenheiten der Justiz abweichend seine Anschuldigungen auf offensichtlich subjektive Ausführungen eines Berichterstatters stützt, ohne diesen mit Namen zu nennen;

2. daß ein Justizminister, auch damit schreitend auf ungewöhnlichen Pfaden, Veröffentlichung einer Anschuldigung androht (und vornimmt! d.Red.), ohne dem Angegriffenen zuvor Gelegenheit zu sachlicher Stellungnahme zu geben;

3. daß offensichtlich die Wiederholung Ihrer von mir zitierten Behauptung zugleich die Widerlegung dieser Behauptung darstellen soll.

II. Ich stelle meinerseits fest,

1. daß Sie der ernstesten Frage der Brauchbarkeit unseres gegenwärtigen Systems der Sozialen Leistungen durch Ihre nicht bewiesene Behauptung, zu der Sie umso weniger berechtigt waren, als Ihre Regierung bisher nicht bewiesen hat, daß sie die Mängel dieses Systems zu beseitigen gedenkt, eine gefährliche polemische Wendung gegeben haben,

2. daß Sie anders als in der Bundestagsdebatte vom 12.12.1951 sich diesmal in Ihrem Briefe ausdrücklich zu Ihrer Auffassung bekennen, daß "mindestens ein Drittel aller Renten zu Unrecht bezogen werden",

3. daß Sie damit die Unruhe unter den Sozialrentnern und Kriegsoffizieren nicht nur vermehren werden, sondern zugleich einen großen Teil der begutachtenden Ärzte praktisch disqualifizieren.

III. Besonders aufschlußreich finde ich, daß Sie den zwar schon von Theodor Mommsen, wenn auch in einem anderen Sinne, gebrauchten, aber erst von Adolf Hitler in die Politik eingeführten Ausdruck der "Dekomposition" offensichtlich erneut in die politische Polemik aufzunehmen gedenken.

Ich bemerke hierzu, daß die von Ihnen mit einem so denkwürdigen Ausdruck apostrophierte Sozialdemokratie nicht ohne mein Zutun sondern erst durch einen Plan zur Neuordnung der Sozialen Leistungen ihre "kompositorische" Haltung bewiesen hat.

Auch ich werde dieses Schreiben veröffentlichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Dr. Ludwig Preller

Lübke ist kein Kapitän Carlsens

E.M. - Kiel, im Januar 1952

Was die Kieler Regierungsparteien - der "Deutsche Wahlblock" aus CDU, FDP und DP und der BHE - an Konzeptionslosigkeit und politischem Dilettantismus bisher gezeigt haben, steht einmalig in der deutschen Nachkriegsgeschichte da. Diese Feststellung wird heute nicht etwa bloß von der Opposition getroffen; seit einigen Tagen ist das sogar die Meinung der FDP- und DP-Landesleitungen, sowie namhafter Vertreter des BHE.

Selbst in CDU-Kreisen hat man inzwischen eingesehen, daß der unter der Parole "Schlagt die Sozialdemokratie" im April 1950 geschaffene Wahlblock ein politischer Bumerang ist. Aber es war ein weiter Weg von der kritischen Erkenntnis bis zum politischen Handeln. Die CDU mit ihren 16 Mandaten majorisierte ihre Partner - die FDP mit acht und die DP mit sieben Mandaten - so lange, bis schließlich am 17. Dezember 1951 drei FDP-Abgeordnete, darunter Wirtschaftsminister Dr. Andersen, unter Protest aus dem Wahlblock austraten. Das Ausscheiden zweier FDP-Abgeordneter aus ihrer Partei und ihre Neuaufnahme als Hospitanten in den Wahlblock war nur der äußere Anlaß für diese erste Spaltung der Regierungskoalition.

Ministerpräsident Lübke, zugleich Landesvorsitzender der CDU, zog am 4. Januar 1952 die Konsequenzen. Völlig überraschend für seine Kabinettskollegen schickte er seinem Wirtschaftsminister einen Brief, in dem es hieß, für Dr. Andersens weiteres Verbleiben im Amt "fehle die Vertrauensgrundlage"; die FDP möge jedoch einen Nachfolger benennen. Anschließend verreiste der Ministerpräsident und war für niemanden zu sprechen.

Die Katastrophe war jetzt nicht mehr aufzuhalten. Noch hoffte die CDU, den größten Teil der siebenköpfigen DP-Fraktion zu sich hinüberziehen zu können, um damit stärker als die SPD zu werden, die über 19 Mandate verfügt. Doch am 5. Januar 1952 beschloß der Landesvorstand und Abgeordnete der DP in Neumünster, demnächst ebenfalls aus dem Wahlblock auszutreten und eine unabhängige Politik zu verfolgen. Auch innerhalb der CDU bahnen sich ernsthafte Schwierigkeiten an. Man spricht bereits offen von einer "Lübecker" und einer "Flensburger Gruppe", die erste unter Führung des ausgebooteten Landesvorsitzenden und "Vaters des Wahlblocks", des Bundestagsabgeordneten Carl Schröter, die zweite unter Ministerpräsident Lübke, der von jeher ein erbitterter Gegner Schröters war.

Der Wahlblock hat de facto schon heute zu existieren aufgehört. Welche Konsequenzen freilich Lübke für seinen Auftrag als Ministerpräsident daraus ziehen wird, ist noch nicht zu übersehen. Die einzigen Parteien, die bisher Neuwahlen erwogen haben, sind die SPD und die DP. CDU, FDP und BHE scheinen sich - offenbar mit vollem Recht - für sich nichts Gutes davon zu versprechen. - Der Ministerpräsident freilich glaubt, durch Verhandlungen die bürgerliche Koalition zusammenhalten zu können. Für ihn "gibt es keine Kieler Krise". Will er etwa, der ehemalige Handelsschiffskapitän, seinen Kollegen Kurt Carlsens von der "Flying Enterprise" nachahmen und als letzter Mann auf dem Wahlblock-Wrack ausharren? Allerdings wäre da ein kleiner Rechenfehler: Für Lübkes vermoderte Schiffsladung wird kein Schleswig-Holsteiner künftig auch nur einen roten Pfennig anlegen.

 Verantwortlich: Peter Raunau